

## Württembergisches Wort zur Interkulturellen Woche 2023

„**Neue Räume**“ – unter diesem Leitwort steht die diesjährige Interkulturelle Woche, die vom 24. September bis 1. Oktober 2023 stattfindet. Die Formulierung „Neue Räume“ lenkt den Blick in eine gemeinsam zu gestaltende Zukunft. Der Titel macht die enormen gesellschaftlichen, internationalen und digitalen Entwicklungen sichtbar, bei denen alle Menschen mitgenommen werden müssen. Räume sind Orte die Schutz bieten, die jedem Menschen zugestanden sind, in denen Begegnung und Gesehenwerden mit ganz unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten geschieht. Diese Räume gilt es zu achten. Räume machen jedoch auch Begrenzungen sichtbar. Das Zusammensein erfordert von allen Beteiligten in diesem Raum ein gegenseitiges Verständnis des aufeinander Angewiesenseins. Ein Raum erfordert einen respektvollen gleichberechtigten Umgang, Chancengerechtigkeit und eine menschenfreundliche zugewandte Neugier. Nach biblischer Überlieferung ist es Gott selbst, der den Raum zum Leben geschaffen und den Menschen überlassen hat, wenn es heißt: „Gott, der Herr, nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten von Eden, damit er ihn bebaue und hüte.“ (1. Mose 2,15) Niemand hat daher das Recht, einem anderen Menschen den Raum zu einem Leben in Würde streitig zu machen.

Seit über eineinhalb Jahren zerstört der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine brutal das Leben, die Hoffnungen und die Perspektiven unzähliger Menschen. Der Krieg wird gezielt gegen die Zivilgesellschaft geführt und es erschüttert uns zutiefst, wie jeden Tag Menschen sterben, Familien auseinandergerissen und Existenzen vernichtet werden. Überall auf der Welt werden Zivilisten getötet, Unschuldige gefoltert, Frauen vergewaltigt und Kinder entführt. Krieg, Terror, Unterdrückung und Zerstörung in menschenverachtender Weise nehmen so vielen Menschen ihren Lebensraum, die Freiheit und Würde. So suchen Menschen aus der Ukraine, Syrien, Afghanistan, vom afrikanischen Kontinent und aus anderen Teilen der Welt Schutz in unserem Land. Sie sind auf unsere Hilfe angewiesen. Deshalb darf es auch keine Flüchtlinge erster und zweiter Klasse geben.

Der Angriffskrieg, wie viele der menschenbedrohlichen Lebensumstände führt uns in dramatischer Weise vor Augen, wie zerbrechlich ein friedliches Zusammenleben und das Leben in Freiheit und Menschenwürde ist. Weder im Großen, in den Beziehungen zwischen Völkern und Nationen, noch im Kleinen, in der Gestaltung des gesellschaftlichen Alltags in kultureller Vielfalt, ist das friedliche Zusammenleben der Menschen etwas Selbstverständliches. Vielmehr bedarf es sowohl auf der individuellen Ebene als auch in den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen immer wieder erneut die Entschlossenheit, für Respekt, Gewaltfreiheit, Wohlwollen und Frieden einzutreten. Wir alle stehen jeden Tag neu vor der Entscheidung, ob wir auf die Durchsetzung von Eigeninteressen mehr Wert legen als auf einen fairen Ausgleich der verschiedenen Interessen in unserer Gesellschaft. Immer wieder sind wir gefragt, ob wir Mauern um uns herum errichten oder Barrieren abbauen und neue Räume für Integration und Teilhabe entstehen lassen. Immer wieder sind wir auch gefragt, ob wir mit unserem Lebenswandel dem Klimawandel mehr Raum geben und damit für die Erhöhung der Zahl der Klimaflüchtlinge sorgen.

Wir unterstreichen die Worte der Bischöfe Dr. Georg Bätzing, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, Präses Annette Kurschus, Vorsitzende des Rates der

EKD und Metropolit Dr. h.c. Augoustinos von Deutschland, Vorsitzender der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland, die in ihrem Wort zur Interkulturellen Woche schreiben, dass wir als Aufnahmeland von bisher über einer Million Geflüchteten aus der Ukraine und 244.000 Asylsuchende im Jahr 2022 aus vielen weiteren Staaten zusammen mit anderen europäischen Ländern Verantwortung übernehmen. Allein in Baden-Württemberg wurden 2022 etwa 145.000 Geflüchtete aus der Ukraine und ca. 28.000 Asylsuchende aus anderen Ländern aufgenommen.

Im bundesweiten Wort heißt es: „Es ist ein Kraftakt, so viele Menschen gleichzeitig aufzunehmen, ihnen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und medizinische Versorgung und Bildung zu ermöglichen. Wir sind dankbar für das hohe Maß an Solidarität und Hilfsbereitschaft in der Zivilgesellschaft. Und dankbar sind wir auch für das große Engagement der Städte und Gemeinden. Sie leisten Großartiges bei der schnellen Aufnahme von Geflüchteten.“ Es wird jedoch von nicht wenigen Kommunen signalisiert, dass sie an ihre Grenzen kommen oder ihre Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Diese Anzeige ist sehr ernst zu nehmen. Auf der anderen Seite kann es keine Option sein, wegzuschauen vor dem Leid der Menschen, die vor unserer Tür stehen. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Versachlichung der Diskussion um die Zuwanderung ein. Viele Schutzsuchende werden zurückkehren, weiterwandern oder müssen Deutschland verlassen – eine Verschärfung von Gesetzen oder Debatten über eine Begrenzung der sogenannten ‚illegalen‘ bzw. ‚irregulären‘ Migration halten wir für nicht zielführend. Vielmehr werden damit Ängste und Sorgen geschürt. Es werden Menschen, die aus Krieg, Verfolgung und Not flüchten, stigmatisiert. Das Recht auf Schutz ist ein Menschenrecht. Die Zurückweisungen an EU-Außengrenzen sind rechtswidrig und fordern Menschenleben. Wir halten es daher für falsch, in der Diskussion von ‚illegalen‘ oder ‚irregulären‘ Migrant:innen zu sprechen. Wer seine Heimat aus Gründen der Verfolgung und Bedrohung verlässt, tut dies nicht freiwillig, sondern aus Not. Es gibt ein Recht auf Asyl, das geprüft wird, wenn Menschen in unser Land kommen, auch das ist legal. So appellieren wir an die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung, das Recht auf Asyl zu verteidigen, faire Verfahren zu garantieren und Menschen in Not zu ihrem Recht zu verhelfen. Das schließt eine würdige und sichere Unterbringung und eine verlässliche Beratung ein, insbesondere von denen, die am verletzlichsten sind. Daher sehen wir die aktuellen haushaltsplanerischen Überlegungen, in den Migrations- und Integrationsdiensten im Bundeshaushalt stark zu kürzen, als gefährdend für das soziale Miteinander und eine gelingende partizipative Integration an. Diese Kürzungsvorschläge müssen zurückgenommen werden, damit der soziale Frieden erhalten bleibt. Alle Menschen in unserem Land bitten wir, nicht müde zu werden in der Haltung der Solidarität und aktiver Hilfsbereitschaft.

Integration von einwandernden Menschen funktioniert nur über Offenheit und die Bereitschaft, das Ankommen und Hineinwachsen in die Gesellschaft zu ermöglichen. Dabei helfen ganz entscheidend Räume der Begegnung – in Betrieben, Schulen, Vereinen und Gemeinden. Als christliche Kirchen möchten wir mit der interkulturellen Woche dazu beitragen, dass solche Begegnungsräume entstehen und gestaltet werden.

Es gehört zum Wesen unseres Glaubens für Menschen in Not einzutreten. Jesus Christus selbst hat durch sein Leben und Wirken Räume der Begegnung aufgezeigt, wenn er sich z.B. mit Menschen, die Schuld auf sich geladen hatten oder als nicht gesellschaftsfähig galten, an einen Tisch gesetzt hat. Menschen die verachtet und ausgrenzt wurden, ist Jesus persönlich, fragend und begleitend zur Seite gestanden,

unabhängig davon, welche Stellung sie in der Gesellschaft innehatten. Die Kinder stellt Jesus vor die Erwachsenen hin und erklärt sie zu Vorbildern des Glaubens, der auf Vertrauen beruht. (Markus 10,13-16). Jesus weitet den Raum und schafft gesegnete Gemeinschaft, an vielen Orten. So entsteht auch die junge Kirche über Grenzen von Sprache und Herkunft hinweg. Mit dem Pfingstwunder (Apostelgeschichte 2,1-12) wird Diversität und kulturelle Vielfalt in einer gesegneten Gemeinschaft ermutigend sichtbar. Menschen hören und reden nach der Erzählung der Apostelgeschichte miteinander in ihrer jeweiligen Landessprache und können einander doch verstehen. Diversität und Interkulturalität ist auch die Herausforderung unserer Zeit, hier in unserem Land und weltweit. Es geht darum, Begegnungen in sicheren Räumen zugestalten, im Hören auf die Bedürfnisse, Ängste, und Kompetenzen von Menschen, die geflüchtet sind und von Menschen, die hier leben mit ihren Fragen, Kompetenzen und Ängsten, in in einer großen Vielfalt und Verschiedenheit. Das geht nur gemeinsam mit der öffentlichen Verwaltung, mit Menschen im Ehrenamt, mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren und mit den Vertreterinnen und Vertretern der Politik. Es ist ein großer Segen, wenn Orte der Begegnung gelebt werden, in denen die kreativen Ideen so vieler ehrenamtlicher und hauptamtlicher Mitarbeitenden Raum haben, Orte in denen es Raum gibt, sich die die je eigene Lebensgeschichte gegenseitig zu erzählen und dabei die vertrauten Perspektiven zu verändern. Es ist ein Segen, wenn in der Begegnung ein gemeinsames offenes solidarisches WIR entsteht. Als diakonische Kirche stärkt und ermutigt uns die biblische Botschaft, Ängste zu überwinden, kreative Ideen zu entwickeln und Kompetenzen gemeinsam zu nutzen und darin dem geschwisterlichen Miteinander der Kinder Gottes zu vertrauen. Das schließt ein, aller Fremdenfeindlichkeit und allem Rassismus entschieden entgegenzutreten.

„Viele Entwicklungen und Probleme unserer Tage sind bedrückend und belastend. Gerade deshalb will die Interkulturelle Woche Räume für Information, Diskussion und Austausch, Räume für Begegnung und Kultur und nicht zuletzt Räume für gemeinsames Essen und Feiern schaffen“, schreiben Dr. Georg Bätzing, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, Präses Annette Kurschus, Vorsitzende des Rates der EKD und Metropolit Dr. h.c. Augoustinos von Deutschland, Vorsitzender der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland

Wir bedanken uns bei allen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitenden, die mit großem Engagement im Rahmen der Interkulturellen Woche und über das ganze Jahr in Gesellschaft, Kirche und Diakonie neue Räume eröffnen und gestalten. Durch Begegnung, Orte des Gesehenwerdens, Orte der Gegenseitigkeit und Selbstermächtigung für und mit Menschen, die fliehen mussten und benachteiligt sind, hierzulande und weltweit. Dadurch werden persönliche Entwicklungen und ein friedliches und solidarisches Miteinander ganz wesentlich gestärkt.

Gottes Segen ist mit Ihnen allen!

Oberkirchenrat  
Prof. Dr. Ulrich Heckel  
Evangelische Landeskirche in Württemberg

Oberkirchenrätin  
Prof. Dr. Annette Noller  
Diakonisches Werk Württemberg